

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 15

Charlottenburg, Freitag, den 10. April 1908

Jahrg. 35

Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Blechhammer bei Sonneberg. Cortendorf. Dresden (Brammner & Co.). Gelsenkirchen (Rhein.-Westfälisches Emailierwerk). Großbreitenbach (Bühl & Söhne). Höhr. Kranichfeld. Lauf. Reichenbach (Schwabe). Selb (L. Gutschentreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Schauberg (Greiner & Co.) Staffel. Stogheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrinental (Recknagel). Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Gert & Menz). Königszelt. Neuholdensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Altrohlau (Gottl & Lorenz). Briesen (Nestler). Brünn. Fischern (R. Knoll, Rudolf Gottl). Hohenstein (Wloch). Meierhöfen bei Karlsbad (Gebr. Benedikt). Merkersgrün. Oberlaa bei Wien (Pilar). Prag (für Industrie- und Figuren-Maler). Schlaggenwald (Sommer & Matschak). Turn (Urbach und Kießner & Kessel).

Das Elend der Heimarbeit.

= Raum zwei Jahre sind ins Land gegangen, daß nach den Aufsehen erregenden Erfolgen der Heimarbeitsausstellung in Berlin das Elend der Heimindustrie in alle Welt hinaus gerufen wurde. Unter dem Eindruck einer mit aller Gewalt an die Öffentlichkeit drängenden furchtbaren Not wurde nicht nur die Arbeiterchaft aufgerissen, sondern auch die Kreise des behäbigen Bürgertums, das sich ja schließlich auch mal als Opfer der erbärmlichen Zustände in der Heimindustrie fühlen konnte, fanden zu lauter Entrüstung Energie. Ja, selbst die Reichs- und Staatsbehörden wurden von der gewaltigen Anklagewucht des in der alten Kunstakademie in Berlin ausgestellten Heimarbeiterelends mit in die Bewegung gerissen. Unter dem kräftigen Eindruck der Gegenwart flossen dem Bürgertum wie den Regierungen, den hochmögenden Leuten wie den sozialen Sittenaposteln die Lippen über voll Hilfsbereitschaft und eifrigem Wollen, durch energisches Zufassen das Elend der Heimarbeiter mildern und beseitigen zu wollen.

Zwei Jahre sind seitdem vergangen. Geschehen ist nichts! Der Eifer des Bürgertums, der Regierungen und hochgestellter Leute war bald verfliegen. Nach langen Untersuchungen, bei denen sich die Regierungen der Hilfe der Polizei, der Lehrerschaft und Geistlichkeit in erster Linie bedienten, wurden Feststellungen über die Lage der Heimarbeiter getroffen, die sich dann zu jenen Heimarbeitereschutzbestimmungen auswuchsen, mit deren Beratung sich der Reichstag am 28. und 29. Februar dieses Jahres befaßte. Die Wirkung dieser Bestimmungen wird gleich Null sein.

Inzwischen schreitet die Misere des Heimarbeiters und der Heimarbeit unbekümmert weiter. Was scheeren sich Unternehmer oder Dividenden verlangende Aktionäre um die Folgen ihrer Ausbeutungsmethoden? An irgend welchen sozialen Skrupeln dieser Leute wird die Heimarbeit sicher nicht zugrunde gehen.

Das zeigt auch die am 1. April in Frankfurt a. M. eröffnete 2. Heimarbeits-Ausstellung. Wir haben nicht die Absicht,

auf diese Ausstellung hier des näheren einzugehen, da wir später darauf zurück kommen. Aber wir sehen ja auch in unserer eigenen Branche, daß die Heimarbeit noch in demselben Umfange, wenn nicht in noch größerem Maße weiter haust.

Uns liegen jetzt wieder einzelne Berichte vor, die von Kollegen stammen, welche bei ihrer Hausagitation in die Behausungen von heimararbeitenden Porzellanarbeitern gekommen sind. Der Ort ist Schleusingen in Thüringen und einzelne Berichte lauten:

1.

„Ich agitierte im besseren Stadtviertel. Sonntagsarbeit traf ich beim . . . maler an, dessen Sohn, welcher ausgelernt, mitarbeitete. Die Arbeitspreise der Artikel waren sehr gering. Heimarbeit traf ich noch in zwei Familien an. B.“

2.

„Not und Elend scheinen bei den schleusinger Porzellanarbeitern immer mehr überhand zu nehmen. Während in anderen Orten man an die Beseitigung der Heimarbeit geht, findet man in Schleusingen das Gegenteil. Wenn in anderen Orten die Arbeiter nach getaner sechstägiger Arbeit diese Sonntags ruhen lassen und sich durch einen Spaziergang im Freien erholen, sitzen die schleusinger Kollegen mit ihren Frauen und Kindern in der Wohnstube, die, wie ich es vorgefunden habe, auch gleichzeitig mit als Schlafzimmer benutzt wird, und fabrizieren Porzellan. Wünschenswert wäre es, wenn auch in Schleusingen einmal eine eingehende Untersuchung der Wohnungen, in denen die Arbeiter ihr Leben fristen müssen, vorgenommen würde. Auch der übermäßigen Kinderarbeit dürfte ein baldiges Ende zu bereiten sein, denn diese kleinen Geschöpfe werden schon im zartesten Alter zur Arbeit herangezogen, und das ist wohl der Grund, daß sie bleich und krank aussehen und eine gewisse Scheu vor fremden Leuten besitzen. Inbetreff der mir mitgeteilten niedrigen Arbeitspreise konnte ich den Leuten kaum Glauben schenken, weil ich es für unmöglich hielt, daß die betreffenden Kollegen mit ihren Frauen und Kindern dabei einen Verdienst zu erzielen vermögen, um sich damit auch nur notdürftig durchs Leben schleppen zu können. Sch.“

3.

„Inbezug auf Arbeitspreise habe ich zu bemerken, daß ich einen Maler antraf, welcher Figuren mit 8 Durchgängen malte und pro Stück 1 Pfg. dafür erhielt. Verdient wurden pro Tag im Höchstfalle 80 Pfg., um 4 Mk. zu verdienen müßte das Stück, wie in anderen Orten 5 Pfg. kosten. Der Kollege arbeitet des Sonntags. Ein anderer malte große Gruppenfiguren, sein Höchstverdienst betrug 2 Mk. pro Tag. Inbezug auf Wohnungen fand ich Treppen vor, auf denen man schwindelig werden konnte. Stube, Küche, Arbeitszimmer und zum Teil auch Schlafzimmer, alles in einem Raum vereinigt, waren keine Seltenheit. In denselben Räumen herrschte eine Luft zum Ersticken. Bleiche, abgeehrte und früh gealterte Leute, die unter einer ausgedehnten Unterernährung zu leiden haben und so mutlos geworden sind, daß sie nicht einmal die Courage gehabt haben ihre elende Lage zu verbessern, traf ich an. B.“

4.

„Unsere schleusinger Kollegen wissen, daß es ihre Pflicht ist, sich zu organisieren, aber von der Firma R. . . . habe ich etliche angetroffen, die mir erklärten, sie würden aufs Pflaster geworfen, wenn sie sich organisierten. Trotzdem wäre bei dieser Firma eine Lohnerhöhung sehr am Platze. Wohnungen habe

ich angetroffen, da habe ich es nicht für möglich gehalten, daß sich darin ein Mensch aufhalten kann. Es ist ihnen aber nicht möglich, ihre Wohnungen herrichten zu lassen, denn sie haben selbst erklärt, daß von dem Hungerlohn dazu nichts übrig bliebe. Sie sind sehr davon überzeugt, daß sie ihre Lage nur durch die Organisation bessern können und haben es schwer bereut, daß sie dem Verbanne den Rücken gekehrt haben. S."

5.

„Wir trafen einen Maler, Vater von 8 Kindern an, er hatte eine einfache Heiligenfigur in Arbeit, Arbeitspreis pro 100 Stück 1 Mk. Nach unserer Schätzung geht der Artikel vier bis fünf Mal durch die Hände. Der Maler muß auch noch die Farben dazu kaufen und erklärte uns dabei, daß es noch nicht die schlechteste Arbeit sei. Frau und Kinder müssen, so weit sie dazu in der Lage sind, mitarbeiten. Die Wohnung war sonst sauber, halb mit Tapete bekleidet, die andere Hälfte aber im rohen Zustande; Arbeits- Koch- und Wohnraum waren in ein Zimmer einbegriffen. Eine Frau, Formerin, trafen wir bei der Sonntagsarbeit an. Ihre kleine Stube war gleichzeitig Wohn-, Arbeits-, Koch- und Schlafraum. Das Bett stand neben dem Arbeitstisch. Sie stellte kleine Figuren, aus 3 bis 4 Teilen bestehend, her. Arbeitspreis pro 100 Stück 1 Mk., und sie erklärte uns, bei angestrengter Arbeit 60 bis 80 Pfg. pro Tag zu verdienen. — Ein Gelehrter machte zu Hause Formerarbeit, eine Heiligenfigur, bestehend aus 4 Teilen, für den Preis von 1,60 Mark pro 100 Stück. Hier arbeiteten 2 Kinder mit. Wohn- und Arbeitsraum ist zusammen. Wir trafen noch verschiedene Maler bei der Arbeit (Sonntags) an, wo auch die Frauen mitarbeiteten. Ueberall hörten wir die gleiche Klage über sehr niedrige Arbeitspreise auch in der Fabrik, deshalb sie gezwungen wären, Heimarbeit anzufertigen, um nur halbwegs das Leben zu fristen. Die Kinder, welche wir antrafen, machten auf uns den Eindruck, daß sie an Unterernährung leiden. F. u. G."

6.

„Ich kam zu einem Former, bei dem die Armut sehr groß war und traf ihn gerade beim Formen an. Er arbeitete die ganze Woche in der Fabrik und abends und den ganzen Sonntag arbeitet er noch zu Hause und erklärte mir, höchstens 15 Mk. zu verdienen. Er hat die Absicht, die Fabrik zu verlassen und sich in der Kiesgrube Beschäftigung zu suchen, wo er wenigstens 30 Pfg. pro Stunde erhält. Einen Maler traf ich ebenfalls Sonntags in aller Frühe an seinem Malertische sitzend an. Für ganze 100 Figuren bekommt er nach seinen Angaben 1 Mk. fürs Malen und verdient bei zehnstündiger Arbeitszeit höchstens 1 Mk. Die übrigen Kollegen traf ich sämtlich bei der Heimarbeit an. Die Arbeitsverhältnisse dieser Porzellanarbeiter sind die traurigsten, die ich je angetroffen habe. S."

Es liegt uns fern, die vorstehenden, zweifellos vollkommen zutreffenden, vielleicht noch viel zu schwach gestalteten Schilderungen durch irgend welche Zusätze oder Erläuterungen abschwächen zu wollen. Wir haben zu viele Kollegen unter uns, denen die Verhältnisse der Thüringer Heimarbeiter nichts neues sind. Auch bildet Schleusingen darin keine Ausnahmestellung. Außer diesem Ort könnte man unendlich viele andere Ortschaften Thüringens anführen, in denen die Heimarbeit nicht weniger stark anzutreffen ist.

Eigene Erfahrungen über die Lage und die Verhältnisse der Heimarbeiter in Neustadt bei Coburg, in den zahlreichen Porzellanorten des Thüringer Waldes und den oberfränkischen Heimarbeiterorten bieten mir Beweise in Hülle und Fülle. Und überall dasselbe Bild: Grenzenlose Armut, Entbehrung des Notdürftigsten, Ueberarbeit, entkräftigte und entnerote Körper, schwindstüchtige Mütter, kranke Väter, strophulöse Kinder, die nicht selten englisch krank und häufig geistig verkümmert sind. Dazu Wohnungen, die ganz unwohnlich, angefüllt mit allen Gerüchen und Dünsten von Räumen sind, die zu gleicher Zeit als Arbeits-, Schlaf-, Wohn- und Krankenräume, Kinderstuben und als Lagerplatz für fertige oder unfertige Waren dienen, in denen gepackt, getrocknet, gestäubt und selten gelüftet wird.

Und über dem Heimarbeiter steht in ungebrochener wirtschaftlicher Machtfülle, mehr gefürchtet als geachtet: der Fabrikant, der Direktor oder der Betriebsleiter. Will man den kolossalen Einfluß dieser Leute auf die Heimarbeiter kennen lernen, dann gehe man in die Orte des Thüringer Waldes. Wir brauchen nicht einzelne zu nennen, es hebt sich keiner vorteilhaft von dem andern ab. Nur bei Limbach möchten wir noch einen Augenblick verweilen. Die Aktiengesellschaft Limbach arbeitet viel mit

Heimarbeitern. Ihr Gewinn daraus ist nicht gering. Die letzten Jahresdividenden betragen 14 und 15 Prozent. Die Heimarbeiter aber verdienen selten über 14 Mk. in der Woche, vielfach unter 12 bis 8 und 6 Mk. hinab. Und dabei handelt es sich nicht um eine Nebenbeschäftigung, sondern um Vollarbeit der betreffenden Hausindustriellen. Und unter diesen Heimarbeitern giebt es welche, die ein Menschenalter für diese Fabrik arbeiteten. Nachher wurden sie entlassen. So ging es jetzt wieder einem alten Mann, der 47 — siebenundvierzig — Jahre für jenen Betrieb arbeitete. Die Gewerbeschule in Sonneberg stiftete ihm einen Verdienstkrantz und ein Ehrendiplom. Mit beiden Ehrenzeichen steht der Arbeitsinvalide nun vor der Tür. Kein Mensch gibt ihm Arbeit, keiner gewährt ihm Hilfe. Limbach aber zahlt seinen Aktionären 14 Prozent Dividende! Ganze Familien stehen für diese Gesellschaft zur Fronde. Und da kann es wohl auch einmal vorkommen, daß eine solche Familie 24 bis 26 Mk. pro Woche „verdient“. Dann aber arbeiten 6 bis 8 Personen in dieser Familie mit und die Arbeitszeit währt bis 12 und 1 Uhr nachts!

So drängt sich auf einem flüchtigen Streifzug durch die von der Natur mit paradiesischen Schönheiten geschmückten und mit landschaftlichen Liebreizen ausgestatteten Thüringer Höhen- dörfer, durch die freundlich scheinenden Städtchen und stillen Weiler eine Unsumme von Elend, Not und Entbehrung zusammen. Wann wird dieser Jammer enden, wann werden die Lohndrückereien, diese Nacht-, Ueberzeitarbeit, diese Kinder- und Frauenausbeutung aufhören? Wann wird der getretene, ausgebeutete, entrechtete Mensch im Heimarbeiter erwachen? Wann wird auch ihm eine bessere Zukunft sich zeigen?

Wenn er selbst frei sein will. Wenn er selbst die Hand mit an das Werk der Besserung seiner Lebenslage legt. Auch der Heimarbeiter darf sich nicht auf die bürgerliche Gesellschaft, auf Regierungen und arbeiterfreundlich tuende Fabrikanten verlassen. In der eigenen Kraft liegt auch sein Heil. In der Zusammenfassung der einzelnen Kräfte zur Organisation, zum Verband, ist allein die Aussicht auf eine bessere Zukunft zu suchen.

Gegen das Reichsvereinsgesetz.

Der Entwurf des Reichsvereinsgesetzes hat die Kommissionsberatungen passiert und kehrte an das Plenum des Reichstags in bedeutend verschlechterter Form zurück. Was man kaum für möglich gehalten hatte, wurde zur Tatsache: Die durch den konservativen-liberalen Block in allem reaktionären Tun äußerst gekräftigte preußisch-deutsche Regierung konnte alle der freien Arbeiterbewegung feindliche Handhaben in dieses Gesetz festlegen. Daß das Plenum des Reichstages wesentliche Verbesserungen an den Beschlüssen der Kommission vornehmen würde, war nicht zu erwarten.

Eins darf aber freilich bei dieser Frage nicht außer Betracht gelassen werden, das betrifft die Agitation der Arbeiterschaft gegen diesen Entwurf. Gewiß, es sind Versammlungen gegen dieses Machwerk abgehalten worden, aber eine einheitliche, großzügige, von einem Willen getragene, nach außen eindrucksvoll in die Erscheinung tretende Protestaktion fehlte. Erst dann, als es vielleicht zu spät gewesen sein dürfte, riefen Partei vorstand und Generalkommission die organisierten Arbeitermassen zu Protestversammlungen auf. In diesem Aufruf heißt es u. a.:

„Alle Bemühungen der Vertreter der Arbeiterklasse, dem Reichsvereinsgesetz eine den Zeitverhältnissen entsprechende Fassung zu geben, waren vergeblich. Die Mehrheit der Kommission hat nicht nur die in der ersten Beratung gefaßten Beschlüsse, die das Vereins- und Versammlungswesen zu hemmen geeignet sind, nicht verbessert, sondern sie noch wesentlich verschlechtert. Ja, die Kommissionmehrheit hat sich unter Führung der Freisinnigen noch reaktionärer gezeigt, als die preußische Regierung. Die Regierung erklärte, daß man darauf verzichten könne, die Teilnahme von Jugendlichen an Vereinen und Versammlungen besonderen Beschränkungen zu unterwerfen. Der Regierungsentwurf enthielt auch keine derartige Bestimmung. Die Kommissionmehrheit aber hat durch den § 10a den Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt. Selbst in Preußen gab es bisher ein solches Verbot nicht, denn Schülern und Lehrlingen war nur die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verboten, nicht aber die Teilnahme an politischen Versammlungen. Das von den Freisinnigen in der Kommission angenommene „liberale“ Vereinsgesetz steht somit noch hinter dem preußischen zurück, das in der Reaktionsperiode dem Volke als „Verordnung“ aufgezwungen wurde. Nach der Bestimmung des § 10a erhalten wir dann die-

selben Zustände in ganz Deutschland, durch die Sachsen sich vor der ganzen Welt lächerlich gemacht hat. Und der Bloßfressinn schämt sich nicht, unter solchen Umständen sich noch liberal zu nennen.

Nicht weniger reaktionär ist der § 7, der Sprachenparagraph, der in der ersten Beratung abgelehnt wurde, nunmehr gestattet. Der Gebrauch einer fremden Sprache in öffentlichen Versammlungen soll in den Bezirken mit „alteingesessener“ fremdsprachiger Bevölkerung dann gestattet sein, wenn diese 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, von denen diese Forderung ausgegangen sein soll, das Sprachenverbot zu erlassen, werden mit dieser Bestimmung sehr zufrieden sein. Nach wie vor werden sie Massen fremdsprachiger Arbeitern heran ziehen, und sie sind nunmehr davor geschützt, daß diese Arbeiter für die Organisationen gewonnen werden und gleiche Arbeitsbedingungen fordern, wie die eingewanderten deutschen Arbeiter. In diesem Wortlaut ist der § 7 direkt darauf zugeschnitten, die gewerkschaftliche Aufklärung der fremdsprachigen Streikbrecher und Lohndrücker zu verhindern.

Und das magt der Freisinn den Arbeitern, welche den hirschedunckerschen Gewerkvereinen angehören und zum Liberalismus halten, zu bieten.

Abgesehen von einigen weniger bedeutungsvollen Verschlechterungen, die von der Kommissionsmehrheit an den Bestimmungen nach den Beschlüssen in erster Lesung vorgenommen sind, ist besonders noch zu erwähnen, daß auch für die Versammlungen unter freiem Himmel die Genehmigung unter allen Umständen einzuholen ist. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung konnte die Genehmigung nur versagt werden, wenn durch eine solche Versammlung der öffentliche Verkehr gestört werden könnte. Jetzt soll die Genehmigung auch dann versagt werden können, wenn eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist“. Damit kommen wir zu Zuständen, wie sie in Preußen bestehen, d. h. jede Versammlung unter freiem Himmel kann nur stattfinden, wenn die Polizeibehörde es will. Der Freisinn hat nicht weniger über diesen rechtlosen Zustand geklagt, als die Sozialdemokratie. Nunmehr aber will er diese Polizeiwillkür für ganz Deutschland eingeführt haben.

Wir richten an die Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, allerorts

Versammlungen

zu berufen und gegen eine solche Verpreßung und Versächselung des Vereins- und Versammlungsrechts Protest zu erheben. Besonders muß die Arbeiterschaft Süddeutschlands sich mit aller Energie gegen den Raub ihrer bisherigen Rechte wehren. Wir ersuchen die Versammlungsleiter, die Beschlüsse unverzüglich dem Reichstage und dem Abgeordneten des betreffenden Reichstagswahlkreises zu übermitteln. Vielleicht gelingt es dadurch, den Rest von Liberalismus bei einzelnen bürgerlichen Politikern zu wecken und die Freisinnigen und Demokraten, die nicht ganz zu Handlangern für die ostelbischen Junker werden wollen, zu veranlassen, gegen ein Gesetz zu stimmen, welches das natürliche Recht der Staatsbürger, sich zu vereinigen und zu versammeln, ohne von der Gnade der Polizeibehörde abhängig zu sein, auf das gröblichste verlegt.

Die Arbeiterschaft muß noch in letzter Stunde den Versuch machen, durch energischen Protest das deutsche Volk vor einem solchen Reichsvereinsgesetz zu bewahren.

Verbands-Angelegenheiten

Delegiertenwahl der Einzelmitglieder.

Als Kandidaten für die Wahlgruppe 64 (Einzelmitglieder) sind aufgestellt:

1. Richard Feste, Emaillemaler, Neustadt in Sachsen;
2. Vincenz Pazner, Glasmaler, Neheim a. Ruhr;
3. Anton Sacher, Dreher, Bunzlau in Schlessien;
4. Fritz Schmidt, Gewerkschaftssekretär (früher Maler), Herford in Westfalen.

Jedes Einzelmitglied kann zwei der vorgenannten Kandidaten wählen; nur einen zu wählen ist zulässig, mehr als zwei Stimmen abzugeben unzulässig. Die schriftliche Abstimmung muß spätestens am 27. April an den Unterzeichneten abgesandt werden.

Carl Munk, Charlottenburg,
Kosinenstr. 3, Seltensfl. 2 Tr.

Entschuldigt fehlt Frosch.

Von Großbreitenbach liegt Mitteilung vor, wonach die Dreher bei der Firma Bühl & Söhne die Kündigungen eingereicht haben, nachdem einige Maßregelungen von Seiten der Firma vorgenommen wurden. Außerdem sind sämtliche Gießer und Maler seitens der Firma gekündigt worden. — Die Sperren über die Firmen Mann & Porzellan, Unterweißbach und Volkstedt sowie über Gebr. Voigt, A.-A. in Sigendorf und Unterweißbach werden aufgehoben. — Von Rehau beantragter Delegation eines Vorstandsvertreters wird stattgegeben und der Vorsitzende dafür bestimmt. — Von Höhr beantragte Delegation eines Vorstandsvertreters wird abgelehnt; die bezügliche Zuschrift soll entsprechend schriftlich beantwortet werden. — Zuschrift von Selb macht Rückfrage erforderlich. — Die beantragten Gründungen von Zahlstellen in Bunzlau und Schlessien werden unter entsprechender Begründung abgelehnt. — Die beantragte Gewährung von Verbandsmitteln zur Deckung einer Mehrausgabe im 12 pSt.-Fonds der Zahlstelle Ohrdruf wird abgelehnt. — Ein Antrag Markt-Kedwig, einen Aufruf zu Sammlungen für das Mitglied 668 im Organ auf zu nehmen, wird vertagt und Rückfrage beschlossen. — Der Zahlstelle Nürnberg soll auf ihren Antrag, Genehmigung zur Errichtung eines Arbeitsnachweises betreffend, mitgeteilt werden, daß der Vorstand vor der Generalversammlung eine Beschlusfassung in dieser Sache, aus bestimmten Gründen, nicht herbeiführt. — Mit der Verschmelzung der Zahlstellenbibliothek mit der neu errichteten gewerkschaftlichen Zentralbibliothek in Eigersburg erklärt sich der Vorstand unter den üblichen Bedingungen einverstanden. — Brezang-Tillow wird mit zwei Jahren Strafkarenzzeit in den Verband aufgenommen. — Ein Antrag auf Ausschluß aus dem Verband für das Mitglied 18762, Selb wird vertagt; inzwischen soll dem Mitglied Gelegenheit gegeben werden, sich wegen seines Verhaltens der Zahlstellenverwaltung gegenüber rechtfertigen zu können. — Zuschrift von Köpelsdorf in Sachen 5676 macht Vertagung und weitere Feststellungen erforderlich. — Den Mitgliedern 8298, Cottenau; 8061, Eisterwerda und 981 Berlin wird Rechtsschutz bewilligt. — Dem Einzelmitglied 11735 wird Krankengeld-Zuschuß nachträglich bewilligt. — Dem Mitglied 980, Berlin, wird unter bestimmten Voraussetzungen für weitere zwei Wochen Unterstützung bewilligt. — Unterstützung für 10 362 Trifscheneuth, sowie Fahr- und Umzugsgelder für 7185, Fretwaldau werden bewilligt. — Eine Zuschrift des Gauleiters Hoffmann-Flomenau, eine Angelegenheit in Rudolstadt betreffend, macht Vertagung und Rückfrage erforderlich. — Die Monatsberichte des Gauleiters werden wegen vorgerückter Stunde vertagt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Zur General-Versammlung

Generalversammlung.

Durch verschiedene Diskussionen in der „Ameise“ fühlt sich auch die hiesige Zahlstelle veranlaßt, den Raum der „Ameise“ in Anspruch zu nehmen. Zunächst kommen wir zurück auf den Antrag 1 der Zahlstelle Wittenberg im Versammlungsbericht der Nr. 10 der „Ameise“ betreffs Abschaffung der Streikmarken. Mit diesem Modus können wir uns nicht einverstanden erklären; es ist schon richtig, daß jedes einzelne Mitglied Streikmarken kaufen muß. Aber da gibt es noch andere Mittel und Wege. Wir sind der Meinung, daß doch jede Zahlstelle einen Lokalfonds hat zur Unterstützung durchreisender Kollegen, welche auf freiwillige Unterstützung angewiesen sind. In Annaburg haben wir es so eingeführt wie folgt: jedes Mitglied hat die Woche 5 Pfg. in den Lokalfonds zu zahlen, macht im Quartal 65 Pfg.; davon werden pro Quartal drei Streikmarken für jedes Mitglied geklebt. Infolge dessen kauft jedes Mitglied Streikmarken und macht keine Umstände. Die übrigen 35 Pfg. verbleiben im Lokalfonds. Wir haben mit dieser Sache gute Erfahrungen gemacht. Wenn nun ein Extrabeitrag erhoben werden sollte, würde es verschiedenen Kollegen schwer fallen, da doch die Beiträge so schwer einzukassieren sind und wir würden sicher mit einem Mitgliederverlust zu rechnen haben. Wir können unsere Einrichtung nur für jede Zahlstelle empfehlen.

Betreffs der Delegiertenwahl ist sich die Zahlstelle einig geworden, daß die Zahl der Wähler für einen Delegierten von 200 auf 300 erhöht wird.

Dem Antrag 2 von Wittenberg würden wir uns anschließen, da nach § 17 Absatz 3 des Statuts nichts genaues darüber enthalten ist, sondern dem Hauptvorstand überlassen ist, zu entscheiden.

Den Vorschlägen der Zahlstelle Rudolstadt betreffs Gewährung des Krankengeldzuschusses vom ersten Tage der Erkrankung ab können wir nicht zustimmen. Denn erstens würde unsere Kasse zu sehr geschwächt, denn oft kommt es bei den Porzellanern vor, daß Einzelne über den Durst trinken und dadurch Gelegenheit haben, sich am anderen Tag krank zu melden. Unseres Erachtens haben die Zahlstellenkassierer genügend Arbeit und sie würden dadurch noch mehr belastet, außerdem kostet es auch mehr Porto. — Wir schlagen vor, in bezug auf Höherversicherung nach zurück gelegter Karenzzeit von 52 Wochen, schon nach 26 Wochen höhere Unterstützung zu gewähren. Die anderen

Vorschläge der Zahlstelle Rudolstadt können wir unbedingt nicht zustimmen. Ferner schließen wir uns dem Vorschlag des Genossen Kimm (Begefac) an, den Zahlstellenverwaltungen mehr Rechte einzuräumen, hauptsächlich in Unterstützungsangelegenheiten. Es würden dadurch mehr Porto und Unterstützungsgelder gespart werden, auch mitunter eine Hilfskraft im Bureau.

Zahlstelle Annaburg. Heinrich Thun.

Obgleich schon mehr geschrieben worden ist, daß unsere Arbeitslosenunterstützung den Beiträgen gegenüber eine bessere ist wie in manchem anderen Verband, wird sich die kommende Generalversammlung doch auch noch mit einer neuen Unterstützungseinrichtung befassen müssen. Es betrifft diese unsere Heimarbeiter. Wie wohl bekannt, kommt für den Heimarbeiter die jetzt bestehende Arbeitslosenunterstützung wenig in Frage, weil ihm nur in seltenen Fällen gekündigt wird. In Anbetracht dessen kommt auch die Reise- und Umzugsgelderunterstützung für ihn wenig in Betracht. Gibt es in einem Geschäft wenig zu tun, so wird dem Arbeiter erklärt: Es ist jetzt keine Arbeit für dich da. Gekündigt wird ihm nicht. Die oft eintretende Arbeitslosigkeit hält bisweilen recht lange an. Drängt in solch einem Fall der Arbeiter auf Arbeit oder verlangt er seine Kündigung, so erhält er dieselbe ja vielleicht, muß aber gewärtig sein, daß er bei besserem Geschäftsgang hintenan gestellt wird. Deshalb ist es Pflicht, in dieser Hinsicht auch etwas zu schaffen, um den vielfachen Ansuchen der Heimarbeiter auf Unterstützung gerecht zu werden. Freilich ist diese Angelegenheit ein strittiger Punkt, welcher die regste Diskussion erfordert. Doch wird sich schon etwas herausfinden lassen, was dem Verband zum Nutzen gereichen wird.

Mein Vorschlag wäre ungefähr folgender: Ist ein Heimarbeiter länger wie acht Tage arbeitslos, so erhält er Unterstützung, jedoch nur bis zu drei Wochen nach einer noch festzusetzenden Stufe. Dauert die Arbeitslosigkeit länger wie drei Wochen, so hat der Arbeiter seine Kündigung herbeizuführen, und tritt dann die jetzige statutarisch festgelegte Unterstützung für ihn in Kraft. Die dreiwöchentliche Unterstützung kann ein Mitglied nicht mehr als zwei mal in einem Jahre beziehen. Ein Mitglied, das nur eine Woche arbeitslos ist, wird nicht unterstützt, doch hat das Mitglied vom ersten Tage ab seine Arbeitslosigkeit zu melden. Eine von der Zahlstelle zu wählende Kontrollkommission hat in solchen Fällen die arbeitslosen Kollegen zu kontrollieren und muß das Arbeitsbuch als Ausweis gelten.

Unsere letzte Zahlstellenversammlung befaßte sich eingehend mit dieser Angelegenheit, konnte aber zu keinem fertigen Antrag kommen. In weiterer Beratung soll der Antrag fertig gestellt werden. Ich hielt es für eine Pflicht, über diesen Punkt an dieser Stelle zu sprechen, um eine weitere Diskussion hervorzurufen. Mögen nun die betreffenden Kollegen hiervon Gebrauch machen, um zur Generalversammlung diese Angelegenheit zum Besten zu behandeln.

Hermann Ger = Großbreitenbach.

Ernste Worte!

Die lebhafteste Agitation seit der letzten Generalversammlung hat unserem Verband einen recht erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern erbracht. Dieser Umstand kann uns mit um so größerer Freude erfüllen, als wir nie vorher einen so großen Aufschwung genommen haben. Stieg doch die Zahl der Mitglieder von 9000 bis 1904 auf rund 15 000 im Jahre 1907. Allein das Jahr 1906 brachte uns 8429 Neueingetretene, von denen jedoch leider 5409 wieder ausgeschieden sind.

Diese hohe Zahl Ausgeschiedener nun ist es, welche uns zu denken gibt. Die Frage muß ernstlich erwogen werden: Wie ist dem Zustand zu steuern? Die Hauptaufgabe muß selbstredend sein, durch Belehrung, Vorträge, Diskussionen usw. Aufklärung über unsere Zwecke und Ziele zu verbreiten. Der Agitation nach außen muß die innere Agitation nachfolgen, um aus den Gewonnenen treue Mitglieder zu erziehen. Doch nebenher kann die Organisation durch Schaffung guter Unterstützungseinrichtungen viel tun, um die Mitglieder fester an die Organisation zu fetten.

Wir haben auch auf diesem Gebiet manches versucht, die Prämien bei 5 und 10 jähriger Mitgliedschaft, längere Unterstützungsdauer nach längerer Zugehörigkeit u. s. f. Dieses alles aber hat recht wenig genügt.

Aus diesen Gründen nun möchte ich der Generalversammlung folgenden Vorschlag machen: Es ist eine Sterbegeldversicherung zu schaffen, für welche die Mitglieder pro Sterbefall einen niederen Beitrag zahlen. Setzen wir pro Fall 5 Mfg., so wäre die Möglichkeit gegeben, je nach Dauer der Mitgliedschaft

ein Sterbegeld von 150 bis 400 M. zu zahlen. Auch beim Todesfall der Ehefrau könnte die Hälfte der Sätze ohne Beitrag gezahlt werden. Man würde ferner noch einen Fonds sammeln können, der es möglich machte, später feste Beiträge festzusetzen.

Die jetzt von der Zuschußkasse gezahlten Sterbegelder könnten zu anderen Zwecken (Kürzung der Karenzzeit) verwendet werden. Die Mitglieder würden durch solche geringen Beiträge sicher nicht zu hoch belastet.

Die Arbeiter müssen mit der Zeit auch auf diesem Gebiet den sogenannten Volksversicherungen die Quellen ableiten, aus denen diese die ungeheueren Ueberschüsse holen.

Ich ersuche nun die Mitglieder und Zahlstellenverwaltungen allerorts, diesen Vorschlag eingehend zu besprechen und möglichst dahin zu wirken, diese Einrichtung zu schaffen. Die Mitglieder werden sich dann sicher reiflicher überlegen, ob sie solche erworbenen Rechte so leicht preisgeben. Die Zahl der Austretenden wird sich vermindern und die Organisation wird gewiß großen Nutzen davon zu haben.

Franz Sawinsky = Magdaburg.

Vor allen Dingen muß sich unsere Generalversammlung auch einmal eingehend mit der Organisation der Arbeiter der Gips- und Terrakottabranche befassen. Auf der letzten Generalversammlung wurde diese Anregung recht stiefmütterlich behandelt. Gerade in diesen Berufen sind die Kollegen noch am rückständigsten betreffs Organisation. Nach meiner Schätzung haben wir im Deutschen Reiche ungefähr 10 000 Berufskollegen und davon sind 3 bis 400 organisiert. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß die Kollegen der Organisation sehr zugänglich sind. Aber wer soll sie organisieren? Die Agitationskommissionen bestehen im Durchschnitt aus abhängigen Leuten und wird diesen nicht die Zeit gegeben, sich regelrecht mit der Sache zu befassen. Hat man es auch wirklich fertig gebracht, einige Mitglieder zu gewinnen, wer bildet und erhält dieselben? Den Vertrauensleuten fehlt wegen der oft ziemlich weit entfernten Orte die Zeit dazu. Aus diesen und noch vielen anderen Gründen komme ich auf die Anstellung besoldeter Gauleiter zurück. Sollte es der Generalversammlung für dieses Mal zu viel sein, mehrere Gauleiter anzustellen, so, meine ich, wäre es am besten und am notwendigsten, für das Rheinland und Westfalen wenigstens einen Gauleiter anzustellen, da neben dem großen Indifferentismus auch noch die christliche Bewegung ein großer Hemmschuh ist. Ich erinnere nur an Bonn mit über 3000 Porzellanarbeitern und 28 bis 30 Freiorganisierten. Die Christen haben hier besoldete Beamte und diesen Mann zu stehen, müssen wir hier einen geschulten, besoldeten Gauleiter haben. Nebenbei wurde auch der Wunsch schon viel in Mitgliederkreisen besprochen. Dann möchte ich auch noch erwähnen, daß es aus finanziellen Rücksichten angebracht wäre, die schon oft besprochene Mitgliederzahl zur Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung auf mindestens 300 bis 400 zu erhöhen. Den Verbandsstz nach Thüringen zu verlegen, finde ich für sehr unzweckmäßig.

Arthur Scarsell = Düsseldorf.

Was ich bis jetzt unter dieser Rubrik gelesen habe, veranlaßt mich, zu einigen Fragen Stellung zu nehmen. — Dem Kollegen Schöckel stimme ich in Bezug auf die Anstellung von Gauleitern voll und ganz zu. Es sollten noch zwei Gauleiter, je einer für Oberfranken und Schlesien, angestellt werden. Nur durch eine dauernde Agitation ist es möglich, unsere Organisation auszubauen und zu befestigen. Genosse Uhlmann machte Andeutungen auf Herabsetzung der Unterstützungsklassen; ich bin entschieden dagegen. Die Organisation will die Lebensweise der Arbeiter in jeder Hinsicht auf ein höheres Niveau stellen, um so fühlbarer wird bei einer eingetretenen Arbeitslosigkeit die Verminderung der Einnahmequelle. Sicher ist die Unterstützungsfrage kein Selbstzweck unseres Verbandes, wie der unfrige, aber ein Reformieren nach rückwärts ist nicht angebracht. — Auch sollte die kommende Generalversammlung dafür sorgen, daß das Krankengeld vom ersten Tage an gezahlt wird. Eine Institution, die sich die Arbeiter selbst geschaffen haben, soll auch dementsprechend sein. — Daraus ergibt sich eine noch größere Anforderung an unsere Verbandskasse. Es würde daher ohne eine Erhöhung der Beiträge nicht gehen. Ich hätte daher für die höchste Stufe 1 M. Beitrag in Betracht gezogen, dementsprechend sollten die niederen Stufen eingeschätzt werden. Das überlasse ich der Generalversammlung. Der größte Teil der Genossen wird sich dagegen sträuben. Die alten Argumente vom Verlußtiggehen der Mitglieder usw. werden ins Feld geführt werden. Aber wenn wir Gauleiter anstellen, das Krankengeld vom ersten Tage ab zahlen, wenn wir die alten Unterstützungssätze beibehalten und wenn wir uns mit dem Unternehmerverband, mit seiner vielgerühmten Festigkeit und Stärke, messen

wollen, so ist die Erhöhung der Beiträge eine Notwendigkeit. Ferner bin ich für Abschaffung der Streikmarken. Es sind immer ein und dieselben opferfreudigen Genossen, die regelmäßig ihre Streikmarke kaufen. Der größte Teil der Zahlstellenmitglieder hält es nicht für nötig. Deshalb weg damit. Auch bin ich gegen eine Verlegung des Vororts.

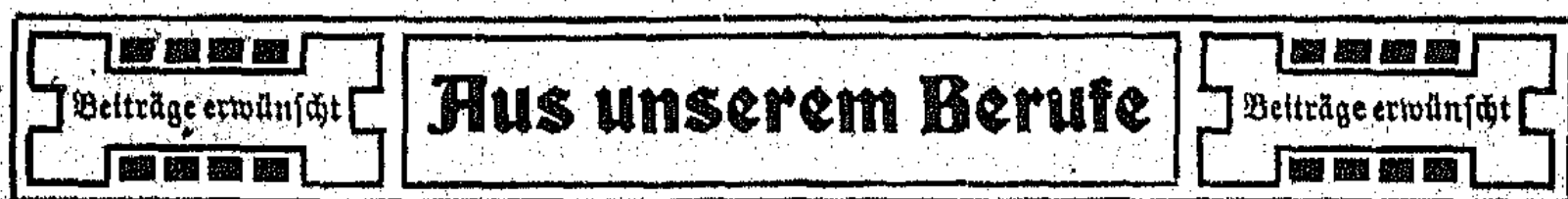
Wilhelm Friedrich-Remscheid-Bieringhausen.

Einige Beiträge zur Generalversammlung.

Unser Verband ist bekanntlich eine Kampforganisation zwecks Erreichung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um diesen Zweck richtig ausführen zu können, sind aber genügende finanzielle Mittel eine dringende Notwendigkeit. Die letzte Generalversammlung hatte durch die Zwangsversicherung auf Grund des Arbeitsverdienstes eine sehr gerechte Verteilung der Mitgliederbeiträge geschaffen. Heute werden nun verschiedentlich Stimmen laut, welche diese Zwangsversicherung wieder wegwünschen und wollen diese Mitglieder anscheinend künftighin weniger zahlen. Wieder andere verlangen dringend eine Finanzreform; diese scheinen fortschrittlicher gesinnt zu sein, genieren sich aber, selbst bestimmte Vorschläge zu machen. Nach meiner Ansicht ist unsere derzeitige Art der Beitragserhebung die gerechteste und auch die mildeste Form der Zwangsversicherung; denn bei einer Reformierung wäre der nächste Schritt der, daß man auf Einheitsbeiträge käme, und man würde nicht die bisherigen oberen Stufen, sondern die unteren streichen müssen; denn die Hauptklasse soll doch dadurch keinen Schaden, sondern Vorteile haben. Infolge des Umstandes, daß wir hauptsächlich in Thüringen in den letzten Jahren sehr viel neue Mitglieder gewonnen haben, die leider nur über ein geringes Einkommen verfügen, habe ich die Bedenken, daß der jetzige Zeitpunkt nicht gerade geeignet sein könnte, diesen jungen Verbandsmitgliedern abermals eine Erhöhung ihrer Beiträge zuzumuten, zumal die einsetzende Krise sich auch in unserer Branche schon mehrfach durch Betriebseinschränkungen usw. unangenehm bemerkbar macht. Im übrigen sollte man auch solche wohlwollenden und wichtigen Beschlüsse der einen Generalversammlung, wie gerade die gerechteste Beitragserhebung durch die Zwangsversicherung, das nächste Mal nicht so ohne Weiteres über den Haufen werfen wollen.

Der Gedanke des Genossen Kirche-Altwater, an Stelle der Streikmarken alle Vierteljahre einen Extrabeitrag von 20 Pfg. obligatorisch zu erheben, ist sehr beachtenswert. Praktisch richtiger wäre aber dennoch, zu sagen: „alle Vierteljahre einen Wochenbeitrag“, das wäre gerechter und es käme außerdem auch mehr Geld ein. — Die vorjährige Mitgliederabstimmung, welche über die Frage der Miteinrechnung des Sonntags in die 3 Tage Karenzzeit zu Gunsten der Antragsteller entschied, hat damit zweierlei Recht entstehen lassen. Solche Mitglieder, die Freitags, Sonnabends und Sonntags erkranken, haben jetzt den Vorteil, einen Tag mehr Krankengeld zu genießen, gegenüber allen denjenigen, die vom Montag bis einschließlich Donnerstag erkranken. Wenn z. B. Sonnabends der Kranke seine Karenzzeit beendet hat, beginnt der Anspruch auf Krankengeld nicht etwa am Sonntag sondern erst am Montag. Hier muß unbedingt eine Aenderung geschaffen werden und zwar in folgender Weise: Die diesbezügliche Mitgliederabstimmung ist aufzuheben und im § 23 Absatz 6 muß es künftig heißen: Zuschuß wird vom 3. Tage an gezahlt. Die Karenzzeit betrage dann allgemein nur 2 Tage und gegenüber dieser Verbesserung sind die höchstens 500 Mark betragenden Mehrausgaben minimal zu nennen. Ebenfalls dringend notwendig wäre es, wenn der Absatz 10 im § 23 ganz gestrichen würde, schon aus Humanität, denn wenn Nebentrunkentassen auch bei durch Unfall erkrankten Mitgliedern, diesen teilweise sogar 52 Wochen Krankengeld zahlen, dann sollten die Porzellanarbeiter auf ihrer Generalversammlung gleichfalls so vernünftig sein und durch Annahme eines solchen Antrages versuchen, ihren unglücklichen Berufsgenossen ihre oft traurige Lebenslage zu erleichtern.

Arthur Lindner-Golditz.



Unternehmergewinne. Die Roschüger Porzellanfabrik, Unger & Schilde, erzielte im Jahre 1907 einen Reingewinn von 45 265 Mk. gegenüber einem Reingewinnbeitrag von 42 849 Mk. im vorhergehenden Geschäftsjahr, für welches 11 pCt. Dividende ausgeworfen werden konnten. — Etwas geringer gegenüber dem Vorjahr wurde der Gewinn der Porzellanfabrik Günthersfeld in Gehren. Er fiel von 99 258 Mk. im Jahre 1906 auf 93 699 Mk. im Jahre 1907. —

Bonn. Die Dividende der Steingutfabrik Wessel in Bonn wurde auf 2 Prozent festgesetzt. Der Jahresumsatz betrug 2 Millionen Mark. Aber von der starken Betriebs-Einschränkung, die diese Fabrik erfahren hat, legt der Umstand Zeugnis ab, daß im Laufe verhältnismäßig kurzer Zeit das ehemals 1300 Köpfe zählende Arbeitspersonal bis auf 570 und dann gar auf 440 vermindert wurde. Diese Zahlen wirken umso stärker, wenn man bedenkt, daß die allermeisten in Bonn beschäftigten Kollegen unorganisiert sind. Nicht nur, daß sie unserem Verbands nicht angehörten, auch den anderen Verbänden gelang es nicht, unter dieser Arbeiterschaft Fuß zu fassen. Ueber das Interesse an irgend welchen zweck- und nutzlosen Bier- oder Vergnügungsvereinen kommen diese Kollegen nur wenig hinaus. Es ist erklärlich, daß dieselben jetzt durch Arbeitslosigkeit besonders empfindlich getroffen worden. Aber diese Kollegen sind umso weniger von der eignen Schuld frei zu sprechen, als ihnen seitens der jetzigen Direktion der Wessel'schen Fabrik Schwierigkeiten in bezug auf die Organisation nicht in den Weg gelegt worden sind.

Erfurt. In dem Emailierwerk von Weilschmidt & Fricke in Alvershofen ist infolge Zahlungsschwierigkeiten, in die die Firma geriet, den sämtlichen Arbeitern gekündigt worden.

Gelsenkirchen. In dem Emailierwerk von Küppersbusch & Söhne ist es infolge der Aussperrung der Schleifer zu einem allgemeinen Stillstand des Betriebes gekommen. Auch die Maler, denen die Löhne reduziert werden sollten, legten die Arbeit nieder. Die Brenner lehnten es ab, die von den Arbeitswilligen dekorierten Stücke zu brennen. Klempner und andere Arbeiter wurden entlassen. — Wir erwarten, daß unsere Kollegen den Zuzug streng vermeiden. Alle weiteren Erkundigungen wolle man bei dem Kollegen G. Nerger, Lazarethstr. 4 einholen.

Großbreitenbach. Die Firma Bühl & Söhne, welche, wie wir berichteten, den organisierten Kollegen kündigte, lehnte bis jetzt alle Einigungsverhandlungen, welche die Arbeiter anboten, ab. Wenn es zum Ausbruch der Differenzen kommt, dann dürfte es für ausgeschlossen gelten, daß der Konflikt auf die Dreher allein beschränkt bleibt. Die Maler und Gießer, die fast alle organisiert sind, wurden ebenfalls gekündigt. Auch ist es selbstverständlich, daß eine solche Ausdehnung des Kampfes die Kollegen durch die Stellung von Forderungen gegen die Firma beantworten werden. Wir ersuchen darum, daß alle unsere Kollegen den Zuzug nach Großbreitenbach vermeiden.

Rauenstein. Wie die Heimarbeit mit ihrem ruhelosen Schuften für den Arbeiter diesen schließlich selbst in den menschlichen Gefühlen abstumpft, wie diese von gewissenlosen Fabrikanten als ideale Familienarbeit gepriesene Ausbeutungsform in der Tat den letzten Rest familiären Lebens zu ertöten vermag, beweist folgende Schilderung, die uns kürzlich von einem in Truchenthal weilenden Kollegen zugeht, der den Fall selbst mit angesehen hatte: In einer Wohnung fand der Kollege eine Familie, die Porzellan für die Fabrik in Rauenstein goß. Der Vater mit den übrigen Kindern machte sich am Tische zu schaffen, während ein kleiner drei bis vierjähriger Knabe die Formen vom Tisch hinter den Stubenofen transportieren mußte. Es war schon abends und wer weiß, wie lange der Kleine diese Arbeit schon verrichtet hatte; er setzte sich einen Augenblick, lehnte sich an die Wand und schlief ein. Ein größerer Bruder meldete das dem Vater und dieser trat dem kleinen Eingeschlafenen mit dem Fuße derartig in den Rücken, daß er längst der Stube hinfiel. — Der meiningische Landtagswahlkreis Schalkau-Rauenstein-Hämmern hat einen sehr einflußreichen Herrn zum Abgeordneten, den selbst viele Porzellaner gewählt haben dürften. Es ist der Multi-Millionär Strupp. Sein Wort wiegt viel bei der Regierung. Es dürfte daher diesem Mann leicht sein, dafür zu sorgen, daß das Kinderschutzgesetz auch auf die heimarbeitenden Kinder ausgedehnt wird. Wenn Herr Strupp so etwas fordert, dann hat das schließlich an bestimmten Stellen einen anderen Wert als wenn nur die ewig „nörgelnden Sozialdemokraten“ solch Verlangen stellen. Herr Strupp als frommer Mann, als Mitaktionär von Rauenstein, kann so am besten zeigen, daß seine Arbeiterfreundlichkeit auch mal weiter reicht, als zum Spendieren von Bratwürsten und Bier, welche edle Regungen sich besonders in Wahlzeiten bemerkbar machen sollen!?

Staffel. Die Differenz in der Steingutfabrik Staffel hält an. Der Direktor Werner machte den um Arbeit ansuchenden Formern große Versprechungen, deren Erfüllung dann freilich auf sich warten lassen dürfte. Stehen doch die in einzelnen Engagementschreiben gemachten Behauptungen mit der Wirk-

lichkeit ohnehin im Widerspruch. So behauptet Sterner, den Formern sei nicht ein Pfennig von den Löhnen abgezogen worden. In der Tat wurden den Kollegen aber wesentliche Verdienstverschlechterungen angedroht. Dann spricht Sterner davon, daß in der Dreherei zur Zeit 60 Leute, die dem Verbands nicht angehörten, tätig seien. In Wirklichkeit waren nur 4 arbeitswillige Dreher beschäftigt. Der übrige Teil des „Dreherpersonals“ bestand aus ungelerten Arbeitern, Tagelöhnern und Brennhausarbeitern, die in die Dreherei gesteckt wurden, daß die Sache nur nach etwas aussah. Man tut also gut, den Schreiben des Herrn Sterner mit einem genügenden Quantum Vorsicht entgegen zu treten. Im übrigen erwarten wir, daß unsere Kollegen nach wie vor den Zuzug nach Staffel unterlassen.

Uermischtes

Aus dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für 1907. Die Einnahme betrug für das Jahr 1907 rund 575 000 Mk.; das Mehr gegenüber dem Vorjahr stellt sich — wir runden hier wie bei den folgenden Zahlen ab — auf 77 000 Mk.; darunter ist eine Mehreinnahme aus Beiträgen im Betrage von 36 000 Mk. Insgesamt belaufen sich die Beiträge der Gewerkschaften auf 247 000 Mk. Die Einnahme aus dem „Korrespondenzblatt“ war 38 800 Mk., die aus dem italienischen Gewerkschaftsblatt 12 000 Mk., die aus dem polnischen 7 000 Mk. Der Bestand am Schlusse des Jahres 1906 bezifferte sich auf 254 000 Mk. Von den Ausgaben entfielen 60 000 Mk auf Agitation, 5 600 Mk auf den Verlag der Generalkommission, 9 700 Mk. auf Verwaltungskosten, 13 700 Mk. auf Gehälter, 6 000 Mk. auf Unterrichtskurse, 44 400 Mk. auf das Korrespondenzblatt, 21 000 Mk. auf das italienische und 10 000 Mk. auf das polnische Gewerkschaftsblatt, 13 400 Mk. auf das Zentralarbeitersekretariat. Für Streiks und Aussperrungen vereinnahmte die Generalkommission 200 000 Mk. Den größten Teil davon erhielt der Verband der Tabakarbeiter anlässlich der Aussperrung, nämlich 106 000 Mk. Den ausgesperrten Hafenarbeitern wurden 23 700 Mk., dem Streikkomitee der Textilarbeiter in Lodz 29 500 Mk., den ausgesperrten Schneidern 12 600 Mk., dem Landessekretariat in Norwegen 10 000 Mk. und dem in Bulgarien 6 000 Mk. bezahlt. —

Eine Heimarbeit-Ausstellung in Frankfurt am Main wurde am 1. April dieses Jahres im alten Seckenberg-Museum am Eschenheimer Tor eröffnet, deren Zustandekommen wesentlich der Mitarbeit der Gewerkschafts-Organisationen zu danken ist. Etwa 70 Fachauschüsse, aus je einem wirtschaftlichen Leiter und möglichst je einem Vertreter der organisierten Arbeiter und der Unternehmer zusammen gesetzt, hatten die Aufgabe die Heimarbeit und ihre Wirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben der in ihr Beschäftigten zu ermitteln und in Monographien festzulegen. Die Ausstellung wird die Erzeugnisse der Heimarbeit in ihren einzelnen Herstellungsphasen darstellen. Eine Anzahl besonders interessanter Industrien werden in ihrem Werdegange durch Heimarbeiter anschaulich gemacht. Die Ausstellung ist während der Monate April und Mai geöffnet.

Frankfurt a. Main. Hier suchte die Millionen schwere Glasfirma Friedrich Siemens für ihre Glashütte in Birges Einträger für einen Schichtlohn von 1,80 Mk. In einem langatmigen Anschlag wurde den Leuten auseinander gesetzt, daß sie bei diesem „Verdienst“ noch über 100 Mark im Jahre „sparen“ können. Es fielen keine Dummen in Frankfurt auf diese Lockung hinein.

Versammlungs-Berichte etc.

s. Dresden. Am 21. März sprach in öffentlicher Porzellanarbeiterversammlung Genosse Fleisch über: Zola, Tolstoj und Gorki. In lebhaftem, vorzüglichem, mehrstündigem Vortrag führte Redner aus, wie sich in den Romanen der großen sozialen Dichter das jeweilige geistige und soziale Leben ihrer Zeit spiegelt, wie sie das Leben und die Welt wahrheitsgetreu darstellen nicht nur um zu unterhalten, sondern um zu belehren und zu erheben über das tägliche Leben. Leider ist fest zu stellen, daß trotz dieses interessanten Themas, trotz des Genossen Fleisch als Referent der Besuch ein schlechter war. Es ist beschämend, immer wieder die alte Klage an stimmen zu müssen. Man sollte meinen, mit dankbarer Freudigkeit sollte solch ein Vortrag übermäßig stark besucht sein, da doch die meisten durch Lesen nicht sich selbst mit der Literatur genügend bekannt machen können. Die Fehlenden haben sich hiermit, in Bezug auf geistige Strebsamkeit, ein Armutzeugnis ausgestellt. — Die Anwesenden bezeugten ihre hohe Befriedigung durch starken Beifall. Der Vorsitzende empfahl, die Bibliothek fleißig zu benutzen, um die

Schriften dieser großen Männer, die unserm Streben so nahe stehen, noch mehr kennen zu lernen. — Im Gewerkschaftlichen wurden die Genossen Streul, Jungnickel und Koban als Wahlkandidaten zur Generalversammlung vorgeschlagen.

k. Eilenberg. In der Versammlung am 14. März brachte der Vorsitzende das Ableben zweier verstorbenen Genossen in Erinnerung, deren Andenken hierauf von den Anwesenden durch Erheben von den Sitzen geehrt wurde. Es folgten Verlesung des Kartellberichts sowie die Aufnahme neuer Mitglieder, worauf man sich mit Anträgen zur Generalversammlung beschäftigte. Nach ausgiebiger Debatte wurde beschlossen, folgende sieben Anträge zur Generalversammlung einzubringen:

Antrag 1. Auf je 300 Mitglieder (jetzt 200) sei ein Delegierter zu entsenden, was mit Kostenersparnis begründet wurde.

Antrag 2. § 17, Absatz 3 des Verbandsstatuts ist zu streichen und an dessen Stelle folgender Wortlaut zu setzen: „Bezogene Streikunterstützung ist bei nachfolgender Arbeitslosenunterstützung nicht in Anrechnung zu bringen.“

Begründung: Wir halten es für ungerecht, daß Mitglieder, die am Streik beteiligt waren und dann das Unglück haben, arbeitslos zu werden, von der Unterstützung ausgeschlossen werden können.

Antrag 3. § 19, Absatz 1 ist zu streichen bis „auf Fahrgelder geknüpft“ und am Schlusse des Absatz 1 hinzuzufügen: Erfolgt der Umzug nach dem ersten Arbeitsplatz nicht, so sind Umzugsgelder — auch bei freiwilliger Arbeitsaufgabe — nach dem nächsten Arbeitsplatz zu gewähren. Jedoch werden dieselben nur in der Höhe des Betrages gewährt, den der Umzug nach dem ersten Arbeitsplatz gekostet hätte.

Begründung: Die Erfahrung hat gelehrt, daß Mitglieder nach dem ersten Arbeitsplatz Fahrkosten erhalten haben —, der Umzug aber nicht erfolgte, weil verschiedene Verhältnisse mitspielten den ersten Arbeitsplatz aufzugeben und sie dadurch ihres Anspruchs auf Umzugsgelder verlustig gingen. Es wird darin eine Ungerechtigkeit erblickt, welche durch vorstehenden Antrag abgeändert werden soll.

Antrag 4. § 23, Absatz 6, ist folgender Wortlaut zu geben: Die Zahlung dieses Zuschusses beginnt mit dem 3. Unterstützungstage vom Tage der usw.

Begründung: Diejenigen, die am Anfang der Woche krank werden, müssen drei Unterstützungstage Karenzzeit durchmachen während diejenigen, die sich Freitag bis Sonnabend oder Sonntag krank melden, nur zwei Unterstützungstage Karenzzeit zurückzulegen haben.

Antrag 5. Einführung einer höheren Unterstützungsklasse für Mitglieder, die über 24 Mark verdienen.

Begründung: Es gibt viele Mitglieder, die über 24 Mark verdienen und denen die Differenz zwischen Verdienst und Unterstützung eine zu hohe ist.

Antrag 6. Einführung eines Taschentalers für Porzellanarbeiter.

Begründung: Zwecks besserer Orientierung in allen Angelegenheiten der Porzellanarbeiter-Bewegung.

Antrag 7. Bei Familien, wo Mann und Frau oder Töchter die Ameise beziehen, sei auf Wunsch eine Nummer durch die „Gleichheit“ zu setzen.

Begründung: Es wird als wirkungsvoller Beitrag zur Frauenfrage empfohlen.

Nachdem die Delegierten gewählt worden waren, begann man den Punkt Maifeier zu behandeln, welcher jedoch in Anbetracht der geringen Anzahl der anwesenden Mitglieder vertagt werden mußte. Beschlissen wurde jedoch, eine Liste zirkulieren zu lassen, in welcher dann jedes Mitglied die Frage über die Feier des 1. Mai mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten kann. Unter Verschiedenes teilte der Kassierer mit, daß sich die Mitglieder bei Krankheitsfällen sofort melden sollen. Es wurde hierauf noch empfohlen — daß die Gelder immer schwerer einkommen — bei Begräbnissen keine Musik mehr zu bestellen, worauf nach langer Debatte beschlossen wurde, zu diesem Zwecke vierteljährlich 10 Bfg. zu sammeln.

Ellerwerda. Anträge zur Generalversammlung.

Antrag 1. Die Halbspere möchte in Wegfall kommen.

Begründung: Durch dieselbe werden die unternehmerfreundlichen Organisationen groß gezogen.

Antrag 2. Die 10 Bfg.-Stufe für Lehrlinge und weibliche Mitglieder möchte bestehen bleiben, denselben freie Beitragswahl zu stimmen.

Begründung: Da die Agitation unter denselben sehr schwer ist.

Antrag 3. Die Krankenunterstützung ist bei einer Krankheit von länger als 8 Tagen vom ersten Tage an voll zu gewähren.

Begründung: Da bei längerer Krankheit die Mitglieder unter Wegfall der ersten drei Tage bei den teuren Lebensmittelpreisen sehr zu leiden haben.

Antrag 4. Anstellung von Gaulettern, Entfernung der angestellten und aushilfsweisen Schreibhilfen.

Begründung: Die Gauletter haben agitatorisch zu wirken und in ihren Bezirken die schriftlichen Arbeiten mit zu erledigen, wodurch die Schreibhilfe überflüssig wird.

Antrag 5. § 19 Absatz 1 wünschen Abänderung dahin. Mitglieder, welche gekündigt werden und ihren neuen Arbeitsplatz antreten, und welche dort die Erfahrung machen, nicht existieren zu können, haben, wenn sie einen besseren Arbeitsplatz bei einer anderen Firma finden, Anspruch auf Fahr- und Umzugsgelder nach letzterem.

Begründung: Mitgliedern, welche agitatorisch für den Verband tätig sind, fällt es sehr schwer, gleich eine geeignete Stellung zu finden, sie sind jedoch verpflichtet, laut Statut, ihre zugewiesene Arbeit an zu nehmen.

e. Grobheitenbach. In der am 22. März stattgefundenen Zahlstellenversammlung, gab der Kassierer Bericht vom 4. Quartal 07. Die Revisoren haben alles in bester Ordnung vorgefunden und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Eingehend besaßte sich die Versammlung mit einem Antrag zur Generalversammlung, betreffs Arbeitslosenunterstützung der Heimarbeiter. Nach reger Diskussion wurde die Verwaltung, verstärkt durch eine Kommission, ermächtigt, aus den gepflogenen Ausführungen einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Zu Kandidaten zur Generalversammlung wurden aufgestellt: Gd. Hahn und Rud. Enders. Weiter wurde noch die Differenzangelegenheit bei der Firma G. Bühl & Söhne ausführlich besprochen. Der Vorsitzende erwähnte die ge-

kündigten Mitglieder zu einem guten kollegialen Verhalten, um mit Ruhe dem Kampf entgegenzutreten zu können.

b. Hüttensteinach. Trotdem in Hüttensteinach die Arbeiterschaft allen Grund hätte, sich mehr denn je um ihre soziale Lage zu bekümmern und einmütig zusammen zu stehen, ist das Gegenteil der Fall. Mehr und mehr verfallen, trotz aller Bemühungen der Verwaltung, die Mitglieder in eine lethargie und Gleichgültigkeit gegenüber ihrer Organisation und somit ihrer Interessen, daß es der Verwaltung fast unmöglich ist, die laufenden Geschäfte zu erledigen. In drei einberufenen Versammlungen konnte erst die dritte am 16. März abgehalten werden, die andern zwei mußten wegen zu schwachen Besuch unterbleiben; das muß anders werden! Wenn die Arbeiterschaft sich nicht noch mehr wie bisher ausbeuten lassen will, so muß jeder einzelne seine Pflicht erfüllen. Nicht allein durch regelmäßigen Versammlungsbesuch und durch eifrige Mitarbeit an der Organisation. Nicht die Gegner der Arbeiterschaft darf man dadurch stärken, daß man mit ihnen in bürgerlichen Vereinen sitzt und man schließlich Schmähworte auf die Arbeiter anhören muß, ohne dagegen opponieren zu können, wenn man nicht sein Brot verkaufen will. Auch sollten die Arbeiter ihre Töchter eher der Organisation zuführen, als solchen Vereinen. Jeder Arbeiter muß doch die Interessen seiner Berufskollegen vertreten, und nicht die Interessen der Beamten, welche ihm ja doch nur mit einem herablassenden Lächeln danken. Also auf, ihr Arbeiter von Hüttensteinach, hinein in eure Organisation und treu dazu gehalten, damit die erkämpften Positionen nicht nur festgehalten, sondern verbessert werden.

Markredwitz. Die am 15. März stattgefundene Monatsversammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung nur mäßig besucht. Der wichtigste Punkt war die Diskussion zur Generalversammlung. Eine sehr rege Debatte entspann sich über die Rechtfertigung der Zahlstellenverwaltungen im ersten Stadium bei Differenzen, sowie über Entscheidungen von Unterstützungsgesuchen. Ein Antrag, die Kompetenz der Zahlstellenverwaltungen zu erweitern und ihre Machtbefugnisse zu verstärken, wurde angenommen und soll der Delegierte auf der Generalversammlung mit allem Nachdruck dafür eintreten. Eine nicht minder rege Diskussion rief ein Antrag hinsichtlich des eventuellen Eintretens des Delegierten für die Verlegung des Vororts nach dem Herzen der Porzellanindustrie hervor. Sämtliche Redner plädierten für die Verlegung. Der Delegierte soll von der Zahlstelle die nötige Weisung erhalten. Ferner wurde einstimmig beschlossen, sich der Zahlstelle Rudolstadt anzuschließen betreffs Verlängerung der Krankenunterstützungsdauer. Im Anschluß an diese Beratung wurde die mittelalterliche Einrichtung betreffs Karenzzeit bei Krankheit kritisiert und soll der Wegfall derselben gefordert werden. Eine Herabsetzung der Beiträge für weibliche Mitglieder wurde angeregt und glaubte die Versammlung nur dadurch an einen Erfolg in der Frauenagitation. — Die Sammelliste ergab eine Summe von 88 Mark und wurde beschlossen, aus der Ballkassette noch 22 Mark draufzuliegen, sodaß wir drei Kollegen unterstützen können und zwar für Fuchs in Hausen 25 Mk. für Werner in Molschendorf 20 Mk. und für Güntsch in Schauberg 15 Mk. Ein Brief von unserm kranken Kollegen Gutkäs gelangte zur Verlesung und soll die Verwaltung einen Aufruf in der „Ameise“ erlassen, da G. in der traurigsten Lage ist und unsere Zahlstelle ihn bereits reichlich unterstützte. Die Wahl eines Delegierten findet erst in der nächsten Versammlung statt, jedoch wurden einige Kollegen in Vorschlag gebracht. Vom Ueberschuß des diesjährigen Balles wurden der Wahlvereinskasse 10 Mk. überwiesen. Zum letzten Punkt, betreffend Saalbau entwickelte sich eine rege Diskussion. Das Gewerkschaftskartell hatte bereits Stellung dazu genommen. Die Versammlung sprach ihre Sympathie dafür aus.

Ohrdruf. Anträge zur Generalversammlung.

Antrag 1. Die Mitgliederzahl des zu wählenden Delegierten von 200 auf 350 zu erhöhen und bei einer Steigerung der Wählerstimmen, z. B. 350 zu 16 000, 4000 zu 17 000, 450 zu 18 000, 500 zu 19 000—20 000, 550 zu 22 000 und 600 zu 24 000.

Begründung: Ersparnis von Geld zu Gunsten der Hauptkasse und einer weiteren Erhöhung der Delegierten vorzubeugen und die Zahl der Delegierten auf 40—45 beizubehalten.

Antrag 2. Obligatorische Einführung von Streifenmarken. Vierteljährlich 20 Pfg.

Begründung: Altwasser anschließend.

Antrag 3. Den 12 pCt.-Fonds auf 15 pCt. zu erhöhen oder die Agitation auf die Hauptkasse übernehmen und zu etwaige nicht zu gebrauchenden Ueberschüsse an die Hauptkasse einsenden.

Begründung: Die Zahlstelle Ohrdruf hat in den letzten Quartalen im 12 pCt.-Fonds ein Defizit aufzuweisen, verursacht durch Hausagitation, Konferenzen usw.

Antrag 4. Zuschußkasse. Krankengeld vom 1. Tage an auszahlen und bei höherer Versicherung 26 Wochen Karenzzeit.

Begründung: Die meisten Krankenkassen zahlen erst vom 3. oder 4. Tage an Krankengeld und soll durch obigen Antrag bezweckt werden, daß die Mitglieder am 1., 2. und 3. Tage nicht ohne Beihilfe sind; auch werden wir durch diesen Antrag viele neue Mitglieder gewinnen.

Antrag 5. Jeden einzelnen Krankenschein nicht mehr einsenden.

Begründung: Die Zahlstelle Ohrdruf hat durch Einschickung jedes einzelnen Krankenscheines im Jahre 1907 6 Mark Porto verausgabt (ohne Papier); die Scheine zurück vom Hauptvorstand wiederum 6 Mark. Es würden leicht 2000 bis 2500 Mark gespart werden können und eine weitere Schreibhilfe unnötig werden. Die Kontrolle der Scheine kann ja mit dem Quartalsabschluß geschehen.

Antrag 6. Weitere Anstellung des Gauleiters für Thüringen bis zur nächsten Generalversammlung.

Begründung: Die Anstellung eines Gauleiters hat sich laut Berichterstattung des Gauleiters sehr gut bewährt. Von 1905—1907 von 45 auf 71 Zahlstellen und von 3000 auf nahezu 8000 Mitglieder erhöht und weiterer Erfolg nicht ausgeschlossen.

st. Pöschappel. Unsere Zahlstelle hielt am 20. März im Gasthose zu Döhlen eine öffentliche Versammlung ab. Zuerst machte sich die Wahl eines neuen Revisors notwendig, da der bisherige Genosse Bilz von hier fort ist. In seiner Stelle wurde Kollege Venus gewählt. Hierauf entspannen sich längere Debatten über die Anträge zur Generalversammlung. Drei Anträge wurden auf Beschluß an den Vorstand

abgesandt. Dieselben beziehen sich auf den Inhalt unseres Organs „Die Ameise“; ferner § 28, Absatz 6 unseres Verbandsstatuts, betreffend die Anmeldung der Krankheit beim Kassierer, sowie Unterstützungsrechte, durch Schikanerung zur Arbeitsniederlegung ohne Kündigung gezwungener Kollegen. Hierauf referierte Genosse Zietzsch über Tolstoi, Gorki, Zola und deren hauptsächlichste Werke.

h. Volkstedt. Die am 14. März abgehaltene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der bevorstehenden Generalversammlung. Dem Antrag der Zahlstelle Rudolstadt betreffs weiteren Ausbau der Zuschußkasse gab die Versammlung ihre volle Zustimmung. Ueber die Angelegenheit, den Sitz des Hauptvorstandes nach Thüringen zu verlegen, sind die Meinungen sehr geteilt. Die Mehrzahl ist jedoch dafür, den Sitz in Berlin bei zu behalten. Ferner ist die Versammlung gegen eine Mitgliederabstimmung, tritt aber im Prinzip für die Erhöhung der Wähler von 200 auf 300 ein.

h. Wittenberg. In der am 21. März erfreulicher Weise gut besuchten Versammlung beschäftigte man sich hauptsächlich mit der Generalversammlung und Aufstellung eines Kandidaten zu derselben. Von zwei in Vorschlag gebrachten Genossen wurden Genosse Heinrich Schaper mit Stimmenmehrheit gewählt und erklärte sich derselbe bereit, die Kandidatur an zu nehmen. Sodann wurde betreffs der Generalversammlung eine längere und sachliche Diskussion geführt. Die Zahlstelle ist einstimmig der Ansicht, daß unter Beibehaltung des bisherigen Gaus und Leiters desselben weitere zwei bis drei Gauleitungen mit dazu gehörigen Gauleitern innerhalb unseres Verbandes einzurichten beziehungsweise an zu stellen sind. Die weitaus größte Anzahl der Verbandsmitglieder sei von dem gebrachten Nutzen der bisherigen Gau-einteilung und dessen Gauleiter voll überzeugt; trotzdem habe sich der Hauptvorstand sonderbarer Weise noch kein abschließendes Urteil bilden können und sei immer noch — nach drei Jahren — beim „Erwägen“. Die Versammlung kann sich entschieden nicht damit einverstanden erklären, daß der Hauptvorstand dem Gauleiter Hoffmann nicht gestattet hat, vorzeitig einen gedruckten Tätigkeitsbericht geben zu können. Gerade wenn ein solcher rechtzeitig vorliegen würde, könnten sich die Mitglieder mit dessen Resultat eingehend beschäftigen. Die weitere Anstellung von Gauleitern ermögliche es, die Anzahl der bisherigen Bureau-beamten zu vermindern; da von ersteren unbedingt ein gut Teil Arbeit mit zu übernehmen sei. Die große Anzahl unserer Beitragsstufen müsse ebenfalls verringert beziehungsweise vereinfacht werden; auch hierdurch würden die Beamten entlastet und gewinnen dazu mehr Zeit zur Agitation. Der Verlegung des Vororts von Berlin stimmt die Zahlstelle nicht zu, sie wünscht, daß der Sitz in Berlin bleibt. Die Versammlung steht ferner auf dem Standpunkt, daß es für die Gesamtheit der Mitglieder von großem Interesse sei, wenn von der Generalversammlung, entgegen wie bisher ein ausführlicher stenographischer Bericht gegeben würde. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten müßten durch entsprechende Entnahme von Protokollen von den Zahlstellen gedeckt werden. Nachdem betreffs Lokalfrage Bericht gegeben wurde, erfolgte noch der Bericht von der Kartellbildung. Darnach sind vom Kartell als Spargeld dem Sparvereine für das Volkshaus 150 Mark überwiesen worden; desgleichen von den Buchdruckern 500 Mark.

Zittau. Unsere letzte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich ausschließlich mit Fragen zwecks Anträgen zur Generalversammlung. In erster Reihe schließen wir uns dem Antrage der Zahlstelle Annaburg, betreffs Freiwilligenunterstützung an und ersuchen die andern Zahlstellen diesen Antrag zu unterstützen. Weiter möchten wir auch den höchst wichtigen Antrag wegen Anstellung eines Gauleiters in Vorschlag bringen. Es ist dies eine Angelegenheit, welche hauptsächlich für uns Glasmaler von größtem Interesse ist. Es ist uns bei der Vertrauensmännerkonferenz in Dresden der Vorwurf gemacht worden, wir Oesterreicher hätten zu wenig Interesse für die Organisation. Es liegt dies aber nur am Mangel der nötigen Agitation. Da bei uns nur Ausländer zu Funktionären gewählt werden können, da wir keine deutsche Arbeiter haben, so können sich selbige auch im Agitationswesen nicht zu viel wagen, wenn sie in Deutschland bleiben wollen. Darum möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß die Delegierten mit voller Energie darnach streben, für einen ständigen, unabhängigen Gauleiter zu sorgen. Ferner wären wir für den Antrag auf Abschaffung der Karenzzeit bei Krankheitsfällen. In Anbetracht der Wichtigkeit für die Glasmaler möchten wir auch noch eine Glasmalerkonferenz für nächste Zeit beantragen, damit unsere Branche endlich auch einmal ihre eigenen Interessen wahren könnte. Wir fordern hiermit alle Glasmaler auf, diese für uns wichtige Angelegenheit durch ihre Delegierten vertreten zu lassen.

Sterbetafel.

Arzberg. Nikol. Sat, Dreher, geb. am 4. Oktober 1868, gestorben am 29. März 1908 zu Schlottenhof bei Arzberg. Lungen- und Rippenfell-Entzündung. Letzte Krankheitsdauer 4 Tage.

Ghre seinem Andenken!

Adressen-Änderungen

Zortendorf. Rff. Eduard Amend, Coburg, Steinweg 36.

Friedrichshagen. Schf. Doeblich wohnt jetzt Königsstr. 8. — Rff. Berche wohnt jetzt Scharnweberstr. 11.

Kleindembach. Schf. Heinrich Hümmer, Ml.

Krummenaab. Bf. Oskar Sasse, Dh., Nr. 38.

Reichmannsdorf. Btm. Adolf Büttner, Jm., Nr. 6 — Ko. Richard Dittrich, Formgießer.

Stadtlengsfeld. Rff. Richard Sommer, Bahnhofstr. 268.

Uhlstädt. Bf. Karl Koller, Ml. — Btm. Karl Vulpfus, Dh.

Weißwaller. Rff. Gustav Göthert und Schf. Gustav Mitsche, Dreher, wohnen jetzt Zahnstr. 58.

Versammlungs-Anzeigen

Althaldensleben. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, bei W. Peters. Abschluß bestimmt am 20. April.

Amberg. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, auf der Alm.

Annaburg. Montag, 13. April 1908, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.

Arzberg. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, bei Witwe Hollerung. Abschluß am 15. April.

Bayreuth. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, bei Scheurer, Wiesenstraße.

Berlin. Sonnabend, 11. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelshofer 15. Wahl der Delegierten. Vortrag.

Berlin-Moabit. Montag, 13. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Putzstr. 10.

Blankenhain. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im Ratskeller. Vortrag des Genossen Hoffmann.

Breslau. Sonnabend, 11. April, im Kruppa-Garten. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.

Buckau. Montag, 13. April, 6 Uhr, in „Thalla“.

Charlottenburg. Sonnabend, 11. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Delegiertenwahl.

Düsseldorf. Sonnabend, 11. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Ritz.

Eilenberg. Sonnabend, 11. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gambirinus.

Elmsborn. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im Vereinslokal, Peterstr. 11.

Goldlauter. Sonntag, 12. April, nachm. 3 Uhr, bei Friedrich Walther, Heidersbach.

Gräfenhain. Sonntag, 12. April, im Gasthof zum Steiger.

Hüttengrund. Abschluß bestimmt am 18. April.

Hüttensteinach. Wegen Revision der Bibliothek sämtliche Bücher abgeben. Abschluß 19. April.

Kahla. Sonnabend, 11. April, im „Thüringer Hof“, Löbshüh.

Kolmar. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, bei Hugo Kfmann.

Königssee. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im Berglokal, beim Kollegen Bauer.

Kronach. Sonnabend, 11. April, 5 Uhr, im „Bayerischen Hof“.

Leipzig. Sonnabend, 11. April, 1/2 9 Uhr, im Volkshaus. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Abschluß 11. April.

Magdeburg. Sonnabend, 11. April, bei Paul Ruster. Delegiertenwahl.

Margarethenhütte. Abschluß bestimmt am 19. April.

Meuselwitz. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“. Delegiertenwahl. Abschluß 12. April.

Mitterteich. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im „Bayrischen Hof“. Delegiertenwahl.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 11. April, bei Herzog. Delegiertenwahl. Abschluß 18. April.

Neuhaus am Rennweg. Montag, 13. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, „Thüringer Hof“. Delegiertenwahl und Abschluß.

Neustadt bei Coburg. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im Gasthof zur „goldnen Traube“. Delegiertenwahl.

Potzappel. Sonnabend, 11. April, im „Deutschen Haus“. Delegiertenwahl.

Roda. Sonntag, 12. April, nachm. 3 Uhr im Gasthaus „zur Erholung“ kombinierte Versammlung folgender Zahlstellen: Elgersburg, Gera, Manebach, Roda, Stützerbach und Unterpörlitz.

Schmiedefeld. Sonnabend, 13. April, 1/2 9 Uhr im Meininger Hof. (Walter) Delegierten-Sitzung.

Schönwald. Sonnabend, 11. April, 1/2 8 Uhr bei Mich. Achziger (goldene Tasse). Wahl der Delegierten. Anträge zur Generalversammlung Die Verwaltung.

Sörnnewitz. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im Gasthof zur Krone. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Stadtlengsfeld. Montag, 13. April, 6 Uhr auf der Stützenburg. Wahl eines Delegierten.

Teltow. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr im Vereinslokal, Hoher-Steinweg 10.

Tettau. Sonnabend, 11. April. Wichtige Tagesordnung u. Abschluß

Wittenberg. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr im Vereinslokal.

Anzeigen

Schorndorf. Vor Arbeitsannahme hierselbst wollen sich die Kollegen bei der hiesigen Zahlstellen-Verwaltung erkundigen.

Göppingen. Kollegen, die gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, wollen sich zuvor bei dem Kollegen **Heinrich Schubert**, Göppingen, Hermannstr. 2 erkundigen.

Hamm. Diejenigen Kollegen, die in Hamm Stellung nehmen wollen, werden dringend ersucht, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Stadtlengsfeld. Beiträge nehme ich Sonnabends von 6 Uhr und Sonntags bis 10 Uhr in meiner Wohnung entgegen. Der Kassierer.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

Nürnberg. Der von uns annoncierte Dreher- und Formerposten ist besetzt. Schilha & Günster.

Maler, welcher schon auf Herbe und Dafen gearbeitet hat, kann sofort eintreten bei Gebr. Demmer, Alt.-G. Offerten an Paul Welz, Eisenach, Wiesenstr. 1.

Schriftenmaler für Emailleschilderfabrik als Obermaler gesucht. Arbeitsnachweis Frankfurt a. M., Kleine Obermainstr. 2.

Tüchtiger Glasäher zum sofortigen Eintritt gesucht. Off. an den Arbeitsnachweis, Berlin S.O. 26 Naunynstr. 84 2 Treppen.

Maler, erfahren in Fonds, Schrift und Dekor sucht baldigst Stellung. Offerten unter G. St. 100 an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Porzellanmaler, tüchtig in allen vorkommenden Arbeiten der Figuren- und Geschirrbrennerei, tüchtiger Plattengraveur sucht sofort Stellung. Offerten unter D. G. 88 an die „Ameise“ erbeten.

Maler, der auch mit dem Zerstäuber arbeiten kann, sucht Stellung. Offerten unter R. D. 85 an die Expedition der „Ameise“.

Glasmaler, welcher flott und sauber in Emaille, Relief und transparentem Dekor eingerichtet ist, sucht Stellung. Offerten unter R. 25 erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Beitzelle 80 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
--	---------------------------	-------------------------------

Hausgeschmolzenes Gold (Gramm 2,40 Mt.) und alle Goldabfälle kauft zu höchsten Preisen bei reeller, schneller Bedienung **Johann Steinel**, Oberredwitz 22 (Post Marktredwitz).

Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen **Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa.** Grimmitzauerstr. 13. — Zeugnisse in Maschinenschrift vervielfältigt in billigster Preislage. D. D.

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Jean Klein, Köln-Ehrenfeld**, Nußbaumerstr. 355.

Goldschmied, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eilenberg S.-A.** Heftestes Geschäft dieser Art.

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl, Niederplanitz** bei Zwickau in Sachsen.

Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweihstr. 32.**

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 6.**

Goldschmied, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm** in Thüringen.

An die Einzelbezieher der Ameise.

Unseren Mitgliedern, denen die „Ameise“ offen (ohne Kreuzbandstreifen) durch die Post zugestellt wird, diene nochmals zur Kenntnis. Jede Beschwerde wegen unpünktlichen Eintreffens des Blattes ist in erster Linie an den betreffenden Briefträger oder an den Schalterbeamten des zuständigen Postamts am Orte zu richten. Die Expedition kann gegen das Ausbleiben der durch die Post zustellbaren Blätter nichts tun.

Bei einem Wohnungswechsel am Orte wollen die Einzelbezieher der Ameise die neue Wohnung sofort dem Postboten mitteilen, damit das Blatt an die neue Adresse gelangen kann.

Bei einem Wegzug vom Orte wollen die betreffenden Kollegen ebenfalls das Blatt sofort bei dem Briefträger abbestellen und ferner ihre neue Adresse möglichst bald an Gen. Karl Munk, Charlottenburg, Rosinen-Straße 3, einsenden.

Expedition der „Ameise.“

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen Red. u. Verlag: Fritz Zietsch, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 58
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.